



## Liebe Leserinnen und Leser,

die deutschen Athleten sind bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang (Südkorea) überaus erfolgreich. Sie haben bereits zahlreiche Gold-, Silber- und Bronzemedailles erreicht, aber auch viele gute Platzierungen bei den einzelnen Wettbewerben kommen hinzu.

Tatkräftig arbeitet seit dieser Woche auch wieder der Deutsche Bundestag mit seinen Ausschüs-

sen. Neben der aktuellen Gefahr hinsichtlich der Afrikanischen Schweinepest wurde der Bericht der Bundesregierung zu den jüngsten Entwicklungen und Erkenntnissen zum Elterngeld-Plus, Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit vorgestellt.

Unter dem Stichwort: EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit – treffen sich die 27 Staats- und Regierungschefs der

EU am 23. Februar in Brüssel um sich mit dem Mittelfristigen Finanzrahmen von 2021–2027 sowie Fragen rund um das Europäische Parlament zu befassen.

**Herzliche Grüße**

*Ihr*

### Diese Woche:

- EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit
- Auf Afrikanischer Schweinepest gut vorbereitet
- Elterngeld Plus als Erfolgsmodell

- 2
- 3
- 4



*Regierungserklärung*

## Mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen

„Ein ‚Weiter so‘ in Europa darf es nicht geben“, sagte Florian Hahn am Donnerstag im Anschluss an die Regierungserklärung im Bundestag. Am Freitag tagen in Brüssel die Staats-



und Regierungschefs der Europäischen Union. Hauptthema ist dort der EU-Finanzrahmen bis 2021.

Vor allem das Ausscheiden Großbritanniens reißt eine Finanzlücke in den Haushalt der Europäischen Union. Denn mit Großbritannien verlässt die drittgrößte Volkswirtschaft Europas die EU. Europa steckt in einer Vertrauenskrise, sagte Florian Hahn, außenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Ein „Weiter so“ dürfe es deshalb nicht geben.

Er stellte klar: „Wir wollen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.“ Das bedeute ein Euro-

pa, in dem die Menschen den Mehrwert der Europäischen Union wieder spüren. Dazu sei der Finanzrahmen, der am Freitag auf der Tagesordnung in Brüssel steht, ein richtiger und wichtiger Schritt. Florian Hahn: „Für den EU-Haushalt muss das Gleiche gelten, was wir in Deutschland seit 2005, seit CDU und CSU die Bundesregierung führen, praktizieren: Prioritäten setzen, Zukunftsaufgaben angehen, maßhalten und Ausgaben begrenzen. Eines ist klar: Wenn Europa kleiner wird, sollte das Budget nicht größer werden.“

Hinzu komme, im Haushalt die richtigen Prioritäten zu setzen. Denn

es gehe darum, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. „Das heißt, wir müssen einen klaren Fokus auf öffentliche Sicherheit, Terrorismus-

bekämpfung, Verteidigung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und solides Haushalten legen. So machen wir die Europäische Union wieder stark; so sorgen wir dafür, dass die EU wieder an Akzeptanz bei den Menschen vor Ort gewinnt.“

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel machte in ihrer Regierungserklärung deutlich: „Wir brauchen europäische Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit.“ Nötig sei deshalb ein neuer Aufbruch für Europa.



## Gesundheit

# Auf Afrikanische Schweinepest gut vorbereitet

*Die Bundesregierung hat heute die Änderung der Schweinepestverordnung beschlossen. Dazu erklärt die agrar- und ernährungspolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Marlene Mortler, MdB:*

Marlene Mortler.

Für den Menschen sei das Virus nicht gefährlich. „Trotzdem nehmen wir die bisherige Ausbreitung sehr ernst. Sollte die Tierseuche bei uns ankommen, könnte sie viele

soll die ganzjährige Schonzeit für Bachen und Keiler aufgehoben werden, um die Schwarzwildpopulation auszudünnen. Damit haben wir ein sinnvolles Instrument gegen die ASP in der Hand, das sowohl präventiv als auch im Krisenfall wirkt“, sagte die CSU-Politikerin.

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist in Europa weiter auf dem Vormarsch. In Deutschland konnte ein Aus-



bruch bisher verhindert werden. „Unsere Präventionsmaßnahmen, wie die breite Informationspolitik über Verbreitungswege und Hygienemaßnahmen, wirken. Auch für den Ernstfall sind wir gut gerüstet. So hat das Nationale Krisenzentrum Tierseuchen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bereits verschiedene Szenarien erprobt“, betonte die agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag

Schweinehalter in ihrer Existenz bedrohen. Das müssen wir unbedingt verhindern. Unsere Landwirte sollen wissen: wir stehen an ihrer Seite“, sagte Mortler.

Die von der Bundesregierung heute beschlossene Änderung der Schweinepestverordnung sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Bekämpfung der ASP. „Sie ermöglicht den Behörden vor Ort schneller und umfassender einzugreifen. Zusätzlich

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können dazu beitragen, einen Ausbruch der Tierseuche in Deutschland zu verhindern. „Eine indirekte Übertragung der ASP, zum Beispiel durch Fleisch sowie Wurstwaren, insbesondere über Speiseabfälle ist möglich. Sowohl in Privathaushalten als auch an öffentlichen Plätzen wie Raststätten gilt deshalb: Speisereste immer geschlossen entsorgen. Sie könnten sonst durch Wildschweine gefressen werden und damit das Übertragungsrisiko erhöhen“, erklärte Mortler.



## Ethik

# Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche muss beibehalten werden

*Die CSU im Bundestag steht für einen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens und erteilt Vorstößen zur Einschränkung oder Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche eine deutliche Absage.*

Die Vorschläge der Opposition sind entschieden abzulehnen. Am Werbeverbot muss festgehalten werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Entscheidungen die Menschenwürde des ungeborenen Lebens hervorgehoben. Der Verpflichtung ist der Gesetzgeber nach langem Ringen mit dem

bestehenden Konzept der Fristenlösung in §§ 218ff. Strafgesetzbuch nachgekommen. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche ist wesentlicher Bestandteil dieses Systems. In der Öffentlichkeit soll der Schwangerschaftsabbruch nicht verharmlost werden. Eine Abschaffung des Werbeverbots würde das sorgsam austarierte System ohne Not ins Wanken bringen. Eine Beratung, die dem Schutz des ungeborenen Lebens dient, lässt sich nicht mit einer Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen in Einklang bringen.

Die Argumente für die Abschaffung dieses Werbeverbots sind nicht über-

zeugend. Insbesondere werden die Informationsmöglichkeiten für Schwangere durch das Werbeverbot nicht abgeschnitten. Sachliche Informationen durch die Beratungsstellen unterfallen nicht dem Verbot. Erlaubt ist ferner die Weitergabe der Information, welche Ärzte bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Nicht zuletzt zeigen auch die geringen Fallzahlen, dass dieses Werbeverbot den Ärzten keine Probleme bereitet. Aus einem erstinstanzlichen Urteil eines Amtsgerichts lässt sich noch kein rechtspolitischer Handlungsbedarf ableiten.

## Familie

# Elterngeld Plus als Erfolgsmodell

Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden.

Damit hat sich die Inanspruchnah-

me seit der Einführung zum 1. Juli



2015 verdoppelt. Die gewachsene Nachfrage spiegelt sich auch in der

Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als „gute Sache“ bezeichnen.

Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.